

Matthias Jena
Vorsitzender DGB Bayern



Statement bei der PK am 30/07/2013

**DGB-Report „Werkverträge in Bayern –
Das neue Lohndumpinginstrument“**

Anrede

Wir präsentieren Ihnen heute unseren dritten Report zu aktuellen Themen und Entwicklungen der Arbeitswelt im Freistaat.

Nach den Reports „Leiharbeit in Bayern“ und „Prekäre Beschäftigung in Bayern“ stellen wir heute den Report „Werkverträge in Bayern - Das neue Lohndumpinginstrument“ vor.

Sie haben von Frau Dr. Siebenhüter die Beispiele aus der Praxis gehört. Und die mit „Werkverträgen“ verbundenen Lohndumpingstrategien der Betriebe.

Diese Betriebsbeispiele spiegeln das ganz reale Leben von immer mehr Beschäftigten wider.

Die Öffentlichkeit ist ganz aktuell durch einen besonders krassen Fall bei einem renommierten Betrieb auf die Praktiken der Kosteneinsparung durch Leiharbeit, Subunternehmer und deren Subunternehmen aufmerksam geworden: die Schiffswerft Meyer im Emsland. Dort verdienen Werkvertragsbeschäftigte 3,50 Euro / Stunde. Dass diese Menschen dann noch in völlig überfüllten Häusern „leben“, besser sollte man wohl sagen: „hausen“ mussten, ist ein Skandal. Durch einen Brand starben zwei Werkvertragsbeschäftigte.

Täuschen wir uns nicht: Mag dieser Fall auch selten entsetzlich sein, eine Ausnahme ist die Beschäftigungsform „Werkvertrag“ mit einer solchen Entlohnung keineswegs.

Manche Arbeit ist unterdessen billig wie Dreck!

In unserem Report wird über den Schlachthof Waldkraiburg berichtet. Auch dort wurden nach diversen Umstrukturierungen rumänische Werkvertragsbeschäftigte angestellt. Monatlicher Lohn 176 Euro, das ist der rumänische Mindestlohn. Die „Zulagen“ von 800 bis 1.000 Euro gab es netto, also mutmaßlich schwarz und damit ohne Anspruch bei der Berechnung von Lohnersatzleistungen.

Wie sonst ließe sich eine solche Arbeitsform anders beschreiben als mit den Worten „Modernes Arbeitssklaventum“?

Dies alles ist kein Zufall, sondern bewusste unternehmerische Strategie. Billig durch Lohndumping. Belgien und andere Länder klagen gegen dieses staatlich geduldete Preisdumping in Deutschland bei der EU-Kommission.

Übrigens: Haben nicht über viele Jahre die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und die CSU gemeint: „Sozial ist was Arbeit schafft“? - so, als wäre jede Arbeit auch gute Arbeit. Die CSU zumindest sagt das nicht mehr.

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) hat immer noch nichts gelernt und agitiert munter weiter gegen Schranken für Lohndumping, also etwa gegen Mindestlöhne und Tariftreueerklärungen.

II

Werkverträge sind ein weiteres Glied in der Kette von Flexibilisierungs- und Dumpinginstrumenten. Sie reihen sich ein in die Versuche der Kostensenkung um jeden Preis. Mögen die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten dadurch auch noch so mies werden.

Diese Werkvertragsverhältnisse entstehen umso häufiger, je mehr es den Gewerkschaften gelingt, Leiharbeit besser zu regulieren und dafür zu sorgen, dass Leiharbeiter besser bezahlt werden.

Oder in den Branchen, in denen es uns gelungen ist, verbindliche Mindestlöhne zu vereinbaren, wie z.B. im Baugewerbe. Diese werden umgangen, indem jede Wand einzeln als eigenes Werk an scheinselfständige Fliesenleger vergeben wird.

Die Arbeitgeberverbände, ihre Berater und angeblich unabhängige Institutionen haben Strategien entwickelt, durch Werkvertragsbeschäftigte besser gestellte Leiharbeiter zu ersetzen oder Branchenmindestlöhne zu unterlaufen. Das „Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht“ (ZAAR) an der Ludwig-Maximilians-Universität München hat sich dabei besonders unrühmlich hervorgetan. Angeblich unabhängig, hat das von Arbeitgeberverbänden finanzierte Institut seine wirkliche Aufgabe erfüllt. Mit „wissenschaftlicher Neutralität“ hat das nichts zu tun.

Beschäftigung durch Werkverträge geht weit über die Industrie hinaus. Wir sehen Branchen, wo man Werkvertragsbeschäftigte auf den ersten Blick gar nicht vermutet: in Krankenhäusern und Altenheimen, bei Logistikdienstleitern oder im Einzelhandel.

Verbucht werden diese Werkvertragsarbeitnehmer übrigens nicht unter "Personalkosten", sondern unter "Sachkosten" - und wie Sachen werden die Menschen auch oft behandelt.

Diese Form der unbegrenzten Öffnung des Arbeitsmarktes war politisch gewollt. Die als Hartz-Gesetze bekannt gewordenen Liberalisierungen des Arbeitsmarktes entfalten ihre Wirkungen. Doch diese Veränderungen waren und sind fatal: Sie deregulierten auf Teufel komm raus, ohne Absicherung nach unten.

Die „Umgehungstatbestände“ des Arbeitsmarktes sind in Deutschland enorm. Die Kontrollen sind gering, die gesetzlichen Abgrenzungen, etwa bei Werkverträgen, sind ungenau. Und die Lohnregulierung im unteren Bereich ist niedrig bis nicht vorhanden.

Natürlich versuchen wir, mit Tarifverträgen zu verbessern, was wir verbessern können. Aber auch noch so gute Tarifverträge können eine gesetzliche Normierung von Standards nicht ersetzen. Das ist nämlich das Wesen von Gesetzen: Sie gelten für alle. Tarifverträge gelten nur für die jeweilige Branche und auch dort nicht mehr für alle Arbeitgeber. Denn zunehmend flüchten Arbeitgeber aus den Tarifverträgen. Dies heißt: Die Politik muss handeln und Mindeststandards setzen, um den Wildwuchs und das Lohndumping zu unterbinden.

III

Werkverträge in der Form, wie sie jetzt vermehrt genutzt und missbraucht werden, haben unmittelbare Konsequenzen für den einzelnen Beschäftigten. Er oder sie erhält weniger Lohn als regulär Beschäftigte, weniger Urlaub und weniger sonstige Leistungen. Vom Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind Beschäftigte in Werkvertragskontingenten meist weit entfernt.

Aber diese Beschäftigungsform hat darüber hinaus Konsequenzen, die vielleicht nicht gleich auf den ersten Blick sichtbar sind. Ich will vier Bereiche aus dem Report nennen.

Auf der **betrieblichen Ebene** entstehen viele verschiedene „Teilbelegschaften“ nebeneinander. Stammebelegschaften, befristete Stammebelegschaften, Leiharbeiter mit eigenem Tarifvertrag, Stammbeschäftigte des Dienstleisters, die im Rahmen eines Werkvertrages tätig sind und Solo-Selbstständige oder Scheinselbstständige, die im Rahmen eines Werkvertrages tätig sind.

Das erzeugt in den Betrieben Spannungen, Konflikte und Druck in alle Richtungen. Davon ist niemand unberührt, auch die angeblich sichere Stammebelegschaft nicht. Denn letztlich kann jeder Arbeitsschritt für sich zerlegt, umstrukturiert und ausgegliedert werden.

Beheben lässt sich bei Werkverträgen durch die Mitbestimmung wenig bis nichts. Betriebsräte haben gegenwärtig faktisch keinen Einfluss. Sie werden bei der Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern nicht gefragt, meistens wissen sie nicht einmal, wie viele Werkvertragsarbeitnehmer sich im Betrieb tummeln, weil es noch nicht einmal eine Auskunftspflicht gibt.

Zweiter Punkt: Für die **Innovationsentwicklung der Unternehmen** und die **Gewinnung von Fachkräften** sind Werkverträge kontraproduktiv. Die Aufsplitterung komplexer Arbeiten in kleinste Schritte und deren Teilverlagerung auf Werkvertragsbeschäftigte führt zu Verlusten bei den Qualifikationen. Aus Ingenieuren werden Projektmanager, aus Facharbeitern Kontrolleure. Die Fremdvergaben senken kurzfristig Kosten, langfristig behindern sie die Förderung der Fach- und Führungskräfte sowie deren Innovationskraft.

Drittens geraten die **Sozialversicherungen** unter Druck. Niedriglöhne, Werkverträge und atypische Beschäftigungsformen schwächen die Sozialkassen. Gleichzeitig lassen die Unternehmen bewusst den Steuerzahler für die miese Bezahlung in die Bresche springen. Niedriglohn-Beschäftigte erhalten allen Ernstes und nicht selten den unverhohlenen Hinweis: „Dann hol’ dir doch Hartz-IV-Aufstockung“. Von solchen Praktiken berichten uns die Betriebsräte.

Viertens einige Hinweise zur **gesellschaftlichen Dimension**. Die sich ausbreitenden prekären Beschäftigungsverhältnisse führen nicht nur zu geringen Einkommen und weniger sozialer Sicherheit, sondern sie bedeuten auch: Den Beschäftigten werden kollektive und individuellen Rechte sowie Handlungsmöglichkeiten vorenthalten. Im Report wird auf eine Studie der Uni Bamberg verwiesen, wonach bei prekär Beschäftigten ein fehlender Glaube an Gerechtigkeit und Chancengleichheit nachgewiesen werden kann. Wahlverweigerung und politische Frustration sind noch die kleinste Münze, mit der das bezahlt wird. Langfristig nimmt die Demokratie Schaden.

IV

Wir fordern eine „Neue Ordnung der Arbeit“.

Dazu gehören Regulierungen, allgemein gültige Standards, eine gesetzlichen Untergrenze gegen Lohndumping, also ein Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde, die

Ausweitung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Betriebsräten und Tariftreuevereinbarungen für öffentliche Aufträge in Bayern.

Für die Re-Regulierung von Werkverträgen bedeutet das konkret:

Die **Abgrenzung echter Werkverträge** von Umgehungswerkverträgen. Dazu muss das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geändert werden.

Die **Scheinselbstständigkeit** muss konsequenter verfolgt und unterbunden sowie die Kontrollen verstärkt werden. Dazu gehört die Stärkung der Betriebsprüfungen und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS).

Kettenwerkverträge müssen eingegrenzt werden. Dazu soll die Zahl der Untervergaben auf wenige und fachlich zu begründende Stufen beschränkt werden.

Erst ein **gesetzlicher Mindestlohn** schafft eine untere Grenze für alle – für alle Beschäftigten in allen Bereichen und Branchen. Davon sind tarifliche Besserstellungen in einzelnen Branchen natürlich nicht berührt.

Die **Mitbestimmungsrechte** der Betriebs- und Personalräte müssen gestärkt werden.

V

Soziale Gerechtigkeit und Demokratie gehören zusammen. Die Umverteilungspolitik von unten nach oben, die sich immer weiter spreizende Schere zwischen Arm und Reich, die Verarmung von ganzen Beschäftigtengruppen und die Unsicherheit bei prekären Beschäftigungsverhältnissen lassen auch für die nächsten Wahlen – und nicht nur für die – nichts Gutes erahnen.

Schon der Dritte Bayerische Sozialbericht zeigt, dass die sozialen Unterschiede von der bayerischen Bevölkerung zunehmend als ungerecht empfunden werden. Im Jahr 2010 gaben danach 30 % der Befragten an, den Konflikt zwischen Arm und Reich als sehr stark einzuschätzen - mehr als im westdeutschen Durchschnitt. Auch langfristig, so der Sozialbericht, zeigt sich, dass die Bürger Bayerns die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne als ungerecht empfinden. Mitte der 80er Jahre empfanden 38 % der Bayern die Verteilung der Gewinne im Großen und Ganzen als gerecht, Bereits Mitte des letzten Jahrzehnts sagten dies nur noch 17 %; fast eine Halbierung.

Auf eines will ich noch verweisen, über unseren Report im engeren Sinn hinaus, und doch für unser Thema bedrückend nahe.

Qualitative Interviews von Beschäftigten, meist Gewerkschaftern, zeigen ein deutliches Bild.

Die Politik, so die vorherrschende Meinung, hat sich von den Interessen lohnabhängiger Arbeit weitgehend entkoppelt. Demokratische Fassaden stünden zwar noch, doch was dahinter passiere, habe mit der „Herrschaft des Volkes“ nichts zu tun. Und, so sehen es die Menschen, es gebe mehr und mehr ein Primat der Ökonomie statt Vorrang politischer Gestaltung. Das Wort der Bundeskanzlerin von einer „marktkonformen Demokratie“ ist kein Ausrutscher, sondern bildet den Erfahrungshorizont der Beschäftigten in den letzten Jahren ab.

Die Befragten machen sich überhaupt keine Hoffnungen mehr, dass staatliche Politik und die Parteien ihr Leben verbessern können. Es gibt eine regelrechte Ent-Legitimierung der institutionellen Politik.

Eine drastische Einschätzung und vielleicht gerade vor Wahlen nicht unwichtig. Die Politik gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen könnte deren Ignoranz oder Ablehnung von demokratischen Prozessen erklären.

Das heißt für uns nun gerade nicht Frustration. Sondern wir wollen Politik, die Beteiligung an Politik – und sei es nur bei Wahlen – mit der sozialen Lebenslage verknüpfen. Wir stellen also die Debatte über Werkverträge als Instrument weiterer Deregulierung vom Kopf auf die Füße.

Wir tun dies, abschließend will ich es erwähnen, auch mit unserer Verfassungsschutz-Kampagne: „Verfassungsschutz mal anders! Der Lohn muss zum Leben reichen“ ist das zweite von sechs Motiven. Wir nehmen Bezug auf Artikel 166 der Bayerischen Verfassung: „Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen“. Daran arbeiten wir und natürlich nicht nur für "jedermann" - sondern auch für jede Frau.